IV. Jahrg. / Nr. 66 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg. — Abend-Ausgabe — Mittwoch, den 9. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr) Telefon: Amt Moritzplatz 12570

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Inseratenannahme: Berlin S 14 Stallschreiberstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12570)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 18.— Mk. Für Postbezug nehmen Amtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 30.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Österreich 22.50 Mk., als Brief 30.— Mk. Für Ausland unter Streifband 42.50 Mk., als Brief 60.— Mk; bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 6gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk. Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg., bei Familien- und Organisationsnachrichten das fettgedruckte Wort 15 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Die Sipo an der Arbeit

Neue Provokationen der mitteldeutschen Arbeiterschaft

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Halle, 8. Februar.

In Leuna wird seit einiger Zeit ein zäher Kampf um die 48-Stundenwoche geführt. Die Arbeiterschaft hatte, um ihrer Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, einen Aktionsausschuß gewählt. Der Staatsanwalt von Naumburg ließ nun mehrere Mitglieder des Aktionsausschusses verhaften. So wurden heute vormittag in Naumburg die Straßen von der Sipo besetzt, das Tagungslokal der V.K.P.D. durchsucht, die Hauseingänge besetzt und die Genossen, die früh zur Arbeit gingen, mit vorgehaltenem Revolver empfangen und von den Sipoleuten nach dem Polizeiausweis von Leuna gefragt. Man nahm Untersuchungen einzelner Genossen vor, die in der Parteibewegung an führender Stelle stehen. Dasselbe ist bei Naumburg geschehen. Dort hat man Häuser umstellt, in welchen unsere Genossen wohnen. Verschiedene Genossen wurden verhaftet und nach Naumburg abgeführt. In Bad Kösen ist während der Nacht die Sipo in Autos eingerückt, besetzte die Saale-Brücke und Saalestraße, umstellte die Wohnungen unserer Genossen und hat, als die Genossen früh zur Arbeit herauskamen, diese durchsucht. Verschiedene Genossen wurden verhaftet und ebenfalls nach Naumburg mitgenommen. Aus der Wohnung des Genossen Schirmack hat man die Mitgliederlisten des Metallarbeiterverbandes mitgenommen. Mehrere unserer Genossen werden vermißt. Auf Grund dieser Vorgänge liegt der Verdacht nahe, daß die Orgesch mit der Sipo Hand in Hand arbeite, um einen Putsch zu provozieren, da ein Grund zum Einschreiten der Behörden gegen die Leunger Arbeiterschaft nicht vorliegt, weil die Verhandlungen über die Einführung der 48-Stunden-Woche gestern abgeschlossen wurden und die Direktion die Einführung sofort durchführen ließ. Es ist bezeichnend, daß gerade von Naumburg aus, das den Mittelpunkt der Orgesch in Mitteldeutschland bildet, diese Aktion der Reaktion vorgenommen wurde. In Leuna selbst herrscht bis jetzt die größte Ruhe.

Diese unerhörten Provokationen zeigen der Arbeiterschaft wieder, wie sie bei jedem Versuch, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, auf den Widerstand der Staatsgewalt stößt, die zum Schutze der Unternehmerinteressen in schamloser Brutalität Maschinengewehre gegen die Arbeiter auffahren läßt. Die Regierung wird so selbst zur Erzieherin des Proletariats, dem sie blutig beibringt, daß die bürgerliche Staatsgewalt zertrümmert und durch die proletarische ersetzt sein muß, wenn der Arbeiterschaft ihr Recht werden soll. In einer geschlossenen Front finden sich zusammen Unternehmertum, Regierung, Sipo, Justiz und — die Orgesch. Das ist die Nation der Einheitsfront in ihrer wahren Gestalt. Arbeiter, erkennt die Stunde und stellt dieser geschlossenen Macht gegenüber die vereinte proletarische Front. Dieser erneute Anschlag zeigt auch die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu einem gemeinsamen Kampfe auf der ganzen Linie auf der Basis, den unser Offenes Schreiben gibt.

Zur Frage der K.A.P.D.

Berlin, den 9. Januar.

Ein in der Organisationsarbeit stehender Genosse aus dem Rheinland sendet uns die nachfolgenden Ausführungen als Beitrag zur Diskussion über die Aufnahme der K.A.P.D. als sympathisierendes Mitglied in die Kommunistische Internationale:

Wenn ich in der Frage der Zulassung der K.A.P. zur Kommunistischen Internationale, über die durch den Artikel des Genossen Levi in Nr. 268 der „R. F." die Diskussion eröffnet wurde, als einfacher Parteigenosse einige Ausführungen mache, so geschieht dies, weil ich die richtige Lösung dieser Frage als eine der Vorbedingungen für den Sieg der deutschen Revolution halte, und weil es mich drängt, meine Ansicht, die aus der Erfahrung zweier Jahre praktischer Arbeit in der K.P.D. resultiert, der Parteiöffentlichkeit mitzuteilen.

Der Kommunismus hat in Deutschland einen großen Erfolg hinter sich. Er hat die U.S.P. endlich in die bedeutungslose Rolle gedrängt, die ihr eigentlich schon längst hätte beschieden sein müssen, wenn sie nicht der entsprechende Ausdruck der Geistesverfassung der deutschen Arbeitermassen gewesen wäre, der durch systematischen Verrat verwirrten und durch einen furchtbaren Aderlaß geschwächten Massen, deren Energien die U.S.P. nicht imstande war, zusammenzufassen und neu zu beleben. Im Gegenteil, durch ihre Politik des Dämpfens der Aktionen und der Umkleidung der Schwächen der Massenbewegungen mit revolutionären Phrasen, hat sie eine furchtbare Schuld auf sich geladen, vielleicht eine schlimmere Schuld als die Rechtssozialisten mit ihrem offenen Verrat. Aber diese Hindernisse sind jetzt überwunden. Alles wird sich jetzt in dieser Hinsicht „programmäßig" entwickeln. Programmäßig entwickelt sich nun auch die Bildung der einigen großen kommunistischen Partei. Damit sich aber auch die Revolution entwickele, muß der eine Faktor in Betracht gezogen werden: die Einbeziehung all derjenigen unbestreitbar revolutionär gesinnten Elemente in die Kommunistische Partei, die heute noch meinen, links von uns zu stehen.

Die Revolution kann auf keinen noch so geringen Bruchteil der Arbeiterklasse freiwillig verzichten. Und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale als der internationale Generalstab der Revolution kann nicht auf die Möglichkeit verzichten, in entscheidenden Augenblicken jeden auch noch so kleinen Teil der internationalen Armee in jedem Lande einsetzen zu können, wenn derselbe auch noch etwas unzuverlässig in bezug auf die kommunistischen Grundsätze erscheint. Was die Unzuverlässigkeit anbelangt, so hat der große Generalstab ja, um in der dem deutschen Soldatenvolk verständlichen Sprache zu reden, in jedem Lande sein Armeeoberkommando, verkörpert in der Zentrale der Kommunistischen Partei des betreffenden Landes. Wenn nun die Zentrale der V.K.P. Deutschlands den Standpunkt des Genossen Levi und vieler anderer Genossen teilt, daß die K.A.P. nicht als sympathisierendes Mitglied in die Kommunistische Internationale hätte aufgenommen werden dürfen, so scheint mir das darauf hinzuweisen, daß sich die Zentrale der V.K.P.D. zu wenig als Oberkommando fühlt und noch etwas zu sehr nur als Parteizentrale. Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß bei der Stellungnahme des Genossen Levi und anderer führender Genossen der alten K.P.D. in dieser Frage die unter aller Kritik stehende Art der Bekämpfung, die ihnen von den im Namen der K.A.P. sprechenden Schreiern widerfahren ist, mitbestimmend gewesen sei. Aber wie dem auch sei, im jetzigen Augenblick ist es nicht nur überflüssiger Luxus, sondern auch ein zu gefährliches Zugeständnis an den in der deutschen Arbeiterschaft so fürchterlich grassierenden schablonisierenden Parteigeist, sich gegen den Beschluß der Kommunistischen Internationale zu sträuben. Genosse Levi meint, es würden nun im Namen der Kommunistischen Internationale zweie sprechen, und weiter unten, die K.A.P. könne sich nun in ihren abweichenden Auffassungen auf die Autorität der Dritten Internationale berufen. In welchem Punkte denn? Etwa in der Gewerkschaftsfrage? Oder in der Frage des Parlamentarismus? Da hat ja doch die Kommunistische Internationale wie in allen anderen Fragen eindeutig Stellung genommen und klare Richtlinien herausgegeben, die die K.A.P. und ähnliche Gruppen auch mit der größten Sympathie nicht aus der Welt schaffen oder umdeuten können. Was heißt denn „sympathisierend"? Das heißt doch nur soviel, daß sie wohl als ehrliche Revolutionäre anerkannt werden, die sich aber noch in manchen Fragen auf dem Holzwege befinden. Gerade das Wort „sympathisierend" wird bei der Lage der Dinge hier in Deutschland die Genossen der K.A.P. dauernd mit der Nase auf den Unterschied zwischen uns und ihnen stoßen, während unser Widerstand gegen diese Lösung gerade Wasser auf die Mühlen der unverantwortlichen, sich revolutionär gebärdenden Schreier leiten muß. Die Genossen aus der K.A.P. sehen in diesem Widerstand nur ein Werk der „Instanzen" und fühlen sich in ihrem Gegensatz zu uns bestärkt. Und das ist ja der schlimmste Fehler der Genossen aus der K.A.P., daß sie sich nur von ihren Gefühlen leiten lassen. Gefühlsmäßig sind sie damals den Leuffenberg, Wolfheim, Rühle usw., die sie jetzt selbst ausgeschlossen haben, aus der A.P.D. heraus gefolgt. Gefühlsmäßig betrachten sie sich als der Sturmtrupp der Revolution und gefühlsmäßig stellen sie sich außerhalb der Schlachtreihen des Proletariats und fallen so gefühlsmäßig allen möglichen anarchistischen, syndikalistischen und sonstigen unklaren Tendenzen zum Opfer. In einer bis zum äußersten gespannten Situation begehen sie aus ihrem Gefühl heraus gefährliche Dummheiten, sehen ihr Heil letzten Endes in phantastischen Aktionen, durch die sie unter Umständen der Sache des gesamten Proletariats

Gärung im Fernen Osten

(WTB.) Moskau, 6. Februar.

Der blutige Zusammenstoß zwischen Chinesen und Japanern in der chinesischen Provinz Chuan veranlaßte die Einberufung einer Volksversammlung, an der 20 000 Personen teilnahmen. Sie forderten, daß Japan binnen einer Woche seine Truppen aus Funtschau zurückzieht und daß die chinesische Regierung sich weigern soll, geheime Verträge mit Japan abzuschließen und die ausländischen Schulden zu bezahlen.

•

„Rosta Wien". Wladimir Wilenski-Sibirjakow schreibt in dem „Iswestija":

Die imperialistische Politik der japanischen Regierung legt den arbeitenden Massen immer größere Lasten auf. Die Unzufriedenheit ist im steten Wachsen begriffen. Die Zeitung „Jamata" schreibt, daß das Anwachsen der sozialistischen Bewegung stets drohenderen Umfang annimmt. Zwischen den Arbeitern und der Polizei kommt es immer öfter zu Zusammenstößen. Und dabei ist die Streitbewegung auch in stetem Wachsen begriffen. Besonders die Bergarbeiter greifen immer wieder zu diesem Mittel, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Der „Japan Advertiser" berichtet, daß die japanischen Bergarbeiter sich zu einem Verbande zusammengeschlossen haben, der 80 000 Mitglieder zählt. Auch die Studenten streiken, so daß die Universität Meidzi geschlossen werden mußte.

Diese immer mehr anwachsende Unzufriedenheit hat ihre Ursache erstens in den äußerst schwierigen Verhältnissen der Wirtschaft und zweitens in den großen Opfern, die die imperialistische Politik dem Land auferlegt.

Die militärischen Kreise versuchen durch Mittel, wie die Besitzergreifung des chinesischen Territoriums Chun-Tschun, die Stimmung des Volkes zu heben und ihrer Eroberungspolitik ein neues Prestige zu geben. Aber man braucht kein Prophet zu sein, um vorher zu sagen, daß solche Mittel die in den Volksmassen angehäufte Unzufriedenheit nicht zu zerstreuen vermögen. Die Regierung Japans tanzt auf einem Vulkan und man kann nicht wissen, in welchem Momente es zu einem Ausbruch des Volkswillens kommen wird.

Das allgemeine Wahlrecht in Japan abgelehnt

(DA) Tokio, 5. Februar.

Das japanische Parlament hat mit 249 gegen 137 Stimmen den von der Oppositionspartei eingebrachten Gesetzentwurf über die Einführung des Wahlrechts abgelehnt.

•

Spannung zwischen Japan und Wladiwostok

(TU.) Washington, 9. Februar.

Die Beziehungen zwischen Japan und der Regierung von Wladiwostok sind nach Meldungen aus Tokio sehr gespannt. Es droht der Ausbruch von Feindseligkeiten.

•

Wieder ein weißes Abenteuer

(WTB.) Moskau, 6. Februar.

Die Reste der Weißgardisten in der Mongolei und Mandschurei und im Amurgebiet beginnen sich von neuem zu rühren und bereiten militärische Operationen vor. Baron Ungern hat die mongolische Untertanenschaft angenommen. Er nutzt die Stimmung der örtlichen Bevölkerung gegen die Chinesen aus, wirbt Mongolen für seine Abteilungen an und führt augenblicklich ziemlich erfolgreiche Operationen gegen die chinesischen Truppen aus. In allen Städten der Mandschurei bilden die früheren Offiziere mit Unterstützung der Japaner neue Abteilungen. Die Anordnungen gehen von Charbin aus, wo die Generale Tscherbakow und Afanesjew ihren Sitz haben. Ataman Semenow, der für tot gehalten wurde, befindet sich in Port Arthur.

Die chinesische Regierung befahl ihren Generälen, die Abteilungen Annenkows zu vernichten.

•

Tscheljabinsk, 6. Februar.

Aus Tschita wird berichtet: In der Mongolei fliehen die Mongolen in panischem Schrecken vor der Annäherung des Barons Ungern auf das Gebiet der Republik des Fernen Ostens.

•

(Rosta Wien.) Dagegen meldet „Iswestija" aus Tschita: Der Versuch des Barons Ungern-Sternberg, die Mongolen und Buriaten zum Eintritt in die weißgardistische Armee zu zwingen, hatte den Erfolg, daß die Mongolen die Emissäre des Barons verprügelten und verjagten.

•

(Rosta Wien.) „Iswestia" meldet vom 5. aus Wladiwostok: Über die Lage Ungerns wäre folgendes zu sagen: Sein Detachement zählt gegenwärtig statt der früheren 5000 Mann, 400 Mann. Seine Geschütze und Maschinengewehre sind nach der Offensive gegen Urga unbrauchbar geworden. Die zwei Soldaten sind schlecht gekleidet und es mangelt ihnen an Brot. Im Zusammenhang mit der Ankunft frischer chinesischer Truppen in Urga, weigern sich die Soldaten Ungerns, schon durch die ersten Kämpfe eingeschüchtert, mit den Chinesen den Kampf aufzunehmen.

•

Der Abtransport der Truppen Semenows aber ist unter dem Druck der Japaner eingestellt. General Wischnewskij und seine Gehilfen laufen in Charbin Ausrüstung, Munition und Waffen ein, um neue Abteilungen aufzustellen. Japan befolgt damit im Fernen Osten nur ganz getreu die Politik seiner Verbündeten im Westen. Selber kann man bei der Stimmung der Massen heute nicht mehr Rußland und die verbündeten Randvölker angreifen. Man bedient sich jetzt vorläufig um so eifriger allerhand Abenteurer und Weißgardisten, die man auf die lustspielgleiche Weise aufhält. Der Wahnsinn soll kein Ende haben.

Zur russischen Gewerkschaftsdiskussion

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Stockholm, 6. Februar.

In seiner Ansprache beim 14. Kongreß der Petersburger Kommunistischen Parteiorganisationen erklärt Sinowjew, daß die Frage der Gewerkschaften und ihr Verhältnis zum Staate die wichtigste Rolle spielen werde. Diese Frage sei nun hinreichend bei allen Parteidiskussionen im ganzen Lande durchgesprochen worden. Die Meinungsverschiedenheiten einzelner Führer in dieser Frage hätten eine Krisis hervorgerufen. In den Augenblicke jedoch, als diese Frage in den weiten Zirkeln der Partei diskutiert wurde, war es klar, daß man die Situation gar nicht so tragisch nehmen müsse. Diese Diskussionen, die durch das ganze Land gingen, waren so außerordentlich nützlich, weil sie große Kreise der Arbeiterschaft, die noch außerhalb der Partei stehen, von der vollständigen Freiheit der Erörterung in dieser wichtigen Frage überzeugen konnten. Angelegenheiten, die das Leben der Arbeiterklasse betreffen, werden nicht durch die Entscheidungen einiger weniger Führer bestimmt, sondern sind Gegenstand der Überlegung und Entscheidung aller Parteimitglieder.